

immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird. Wenn auch die Gefahr eines Überfalls der imperialistischen Mächte, vor allem der USA und des militaristisch-revanchistischen Westdeutschlands, auf das sozialistische Lager nach wie vor besteht und deshalb der Stärkung und Vervollkommnung der militärischen Macht sowie der erhöhten Wachsamkeit in den sozialistischen Ländern größte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, so zeigen sich doch auf Grund der ökonomischen und militärischen Macht des sozialistischen Lagers und des Druckes der Völker in den nichtpaktgebundenen Staaten und in den Staaten des imperialistischen Lagers immer mehr die Tendenzen zur Durchsetzung unserer Forderung nach friedlicher Koexistenz und nach einem friedlichen ökonomischen Wettbewerb zwischen beiden Weltsystemen.

Von unmittelbarer Bedeutung für die Tätigkeit der Justizorgane war im vergangenen Jahr die Fortführung und Konkretisierung der wegweisenden Ausführungen in der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates vom 4. Oktober 1960 durch den Beschluß des Staatsrates vom 30. Januar 1961 zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Rechtspflege in der Deutschen Demokratischen Republik. Der Beschluß des Staatsrates muß die ständige Arbeitsgrundlage aller unserer Justizorgane sein. Sein richtiges Verstehen führt zu einer steten Vervollkommnung und Verbesserung der Rechtsprechung und versetzt die Justizorgane in den Stand, in jeder Situation des Klassenkampfes richtig zu reagieren.

Bei der Anwendung des Staatsratsbeschlusses über die weitere Entwicklung der sozialistischen Rechtspflege geht es darum, daß nach allseitiger Aufklärung aller Umstände des Verbrechens und der Persönlichkeit des Täters sowie seiner Entwicklung richtig differenziert wird, und zwar von der gegebenenfalls den gesetzlichen Rahmen voll ausschöpfenden unbedingten Freiheitsstrafe gegen die Feinde unserer friedlichen sozialistischen Entwicklung bis zur Anwendung von Strafen ohne Freiheitsentzug und zur Übergabe an die Kommission, wenn die Straftat eine geringe Gesellschaftsgefährlichkeit beinhaltet und im Widerspruch zum sonstigen Verhalten des Täters steht. Die zum Staatsratsbeschluß ausgearbeiteten zentralen Anleitungen sind nach wie vor eine wichtige Arbeitsgrundlage. Im Referat Walter Ulbrichts auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees der SED wurde hierzu festgestellt:

„Ich möchte ausdrücklich erklären:

Die Programmatische Erklärung ist nach wie vor vollständig gültig... In der sozialistischen Entwicklung wachsen ständig die Bedeutung des Rechts und der sozialistischen Gesetzlichkeit. Was in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates über das Wesen des sozialistischen Rechts und die Gerechtigkeit gesagt worden ist, muß ständig Leitmotiv unserer staatlichen Tätigkeit sein.“

Damit ist zugleich die Aufgabe für das Jahr 1962 gestellt.

Es besteht kein Zweifel, daß auch das eben angebrochene Jahr 1962 ein weiteres Jahr stürmischer Weiterentwicklung der kommunistischen Weltbewegung, der Festigung und Stärkung des sozialistischen Weltsystems im allgemeinen und der DDR im besonderen sein wird.

In der Sowjetunion werden Tag für Tag gewaltige Anstrengungen unternommen, die im Programm zum Aufbau des Kommunismus gesteckten Ziele zu erreichen, und in den meisten Ländern der Volksdemokratie wird daran gearbeitet, den Aufbau des Sozialismus zu vollenden. Die enge Wirtschaftsgemeinschaft der Länder des sozialistischen Lagers gewährleistet die Stabilität der ökonomischen Grundlage in unserem Kampf um die

Verwirklichung der Ziele des Siebenjahrplans und damit für die Vollendung des Sieges des Sozialismus im Jahre 1965. Den westdeutschen Imperialisten wird dadurch die Möglichkeit genommen, unsere wirtschaftliche Entwicklung zu stören.

Unter der Losung der Brigaden vom VEB Elektrokohle „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren“ werden<sup>1</sup> im Produktionsaufgebot überall große Leistungen vollbracht, damit wir die entscheidende Aufgabe lösen, die Arbeitsproduktivität an die Löhne heranzuführen und sie schneller zu steigern als den Lohn. Dieser Kampf der Werktätigen der DDR muß durch die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre klug organisiert und geleitet werden. Dabei kommt den Sicherheits- und Justizorganen die verantwortungsvolle Aufgabe zu, den weiteren sozialistischen Aufbau vor den Anschlägen seiner Feinde zu schützen und zu sichern sowie durch ihre Tätigkeit fördernd auf die Herausbildung der neuen, sozialistischen Beziehungen zwischen den Menschen Einfluß zu nehmen. Mit den Sicherungsmaßnahmen vom 13. August, 1961 wurde die Möglichkeit der westlichen Geheimdienste zur Unterwanderung der DDR erheblich eingeschränkt, und viele Agenten konnten ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Wie die Regierungserklärung der vierten Regierung Adenauer und die Feststellungen in einzelnen Verfahren zeigen, wäre es jedoch ein Trugschluß anzunehmen, daß die westdeutschen Ultras und die hinter ihnen stehenden Westmächte ihr Vorhaben zur gewaltsamen Einverleibung unserer Republik in die Westzone aufgegeben hätten. Sie sind vielmehr fieberhaft bemüht, durch neue Methoden und raffiniertere Mittel ihre Feindtätigkeit verstärkt fortzusetzen.

#### **Zusammenarbeit der Justizorgane — einheitliche Leitungstätigkeit**

In dieser Situation, in der sich der Klassenkampf zwischen der Bevölkerung der DDR und allen friedliebenden Menschen in Westdeutschland auf der einen Seite und den Kräften des Militarismus-Revanchismus auf der anderen Seite erneut zeitweilig verschärft hat, wie N. S. Chruschtschow im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag und Walter Ulbricht und der Minister für Staatsicherheit, Erich Mielke, auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees der SED<sup>1</sup> feststellten, kommt einei; planmäßigen und koordinierten Zusammenarbeit der Justizorgane in der Zentrale und in den örtlichen Ebenen größte Bedeutung zu. Ende des vergangenen Jahres haben deshalb das Ministerium der Justiz, die Oberste Staatsanwaltschaft und das Oberste Gericht, ausgehend von den Reden und Beschlüssen des XXII. Parteitages der KPdSU und den der gegenwärtigen Situation der DDR entsprechenden Materialien der Wirtschaftskonferenz sowie des 14. Plenums des Zentralkomitees der SED, ihre Schwerpunkte und Hauptaufgaben für das I. Halbjahr 1962 abgestimmt und koordiniert. Aber diese Pläne dürfen kein Schema werden, sondern es muß auf jede Veränderung der Lage schnell und richtig reagiert werden.

Der vollentfaltete Aufbau des Sozialismus bis zu seiner siegreichen Vollendung im Jahre 1965, der zur Sicherung des Friedens erforderliche Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, die für die Lösung der nationalen Frage bedeutsame Aufgabe der Herstellung sachlicher und korrekter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten — das sind die großen politischen Aufgaben, denen die gesamte Arbeit der drei zentralen \*<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Vgl. N. S. Chruschtschow, Der Trlumoh des Kommunismus ist gewiß, Berlin 1961, S. 17; W. Ulbricht, Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1961, S. 57 u. 68; E. Mielke, „Wachsamkeit — bestes Abwehrmittel“, Neues Deutschland (Ausg. B) vom 8. Dezember 1961, S. ä.